

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte**  
**am 25.11.2021**

Tagungsort:       Großer Saal im Neuen Rathaus  
Beginn:            17:00 Uhr  
Sitzungspause:   20:00 - 20:15 Uhr  
Ende:              21:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Frau Hennke (Bündnis 90/Die Grünen)   Bezirksbürgermeisterin

CDU

Herr Blumensaat  
Frau Heckeroth                                Fraktionsvorsitzende  
Herr Henningsen  
Herr Langeworth                              2. stellv. Bezirksbürgermeister

SPD

Herr Bevan  
Frau Richter  
Frau Rosenbohm                              1. stellv. Bezirksbürgermeisterin  
Herr Suchla                                  Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Laukötter                                Fraktionsvorsitzende  
Frau Dr. Lentz  
Herr Purucker  
Herr Westebbe

Die Linke

Frau Krüger

FDP

Herr Tewes

Die PARTEI

Herr Schwarz

Ratsmitglied mit beratender Stimme

Herr Knauf (FDP)

Bis 18:10 Uhr anwesend

Nicht anwesend:

Frau Bolender (Bündnis 90/Die Grünen )  
Herr Kneller (AfD)  
Herr Ridder-Wilkens (Die Linke)

<u>Von der Verwaltung</u>		<u>TOP</u>
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4	4.2, 8, 14.3, 19.3
Herr Beck	Bauamt	4.2, 8
Herr Kühn	Amt für Verkehr	9, 10
Frau Wende	Amt für Verkehr	20.1
Herr Ibershoff	Bauamt	20.1
Herr Steinriede	Bauamt	19
Herr Weigel	Bauamt	19
Herr Kricke	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates	
Herr Tobien	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates, Schriftführer	

Bürgerinnen und Bürger  
Pressevertreter

Zuhörer im nichtöffentlichen Teil

Herr Strahlke                      Fraktionsgeschäftsführer FDP

**Öffentliche Sitzung:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Frau Hennke begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht zugegangen und die Bezirksvertretung Mitte beschlussfähig sei. Sie weist auf die Bestimmungen der Coronaschutzverordnung hin.

Zur Tagesordnung teilt sie mit, dass nach Versand der Einladung, aber innerhalb der Frist noch eine Anfrage von Herrn Tewes (FDP) eingegangen und als TOP 4.2 auf die Tagesordnung zu nehmen sei.

Weiterhin seien noch unter TOP 3 eine Mitteilung und unter TOP 14 zwei Berichte zum Beschlusscontrolling hinzugekommen.

**Beschluss:**

**Die Tagesordnung wird erweitert um folgende Punkte:**

- TOP 4.2 - Rechtliche Einordnung des Abrisses der "Hammer Mühle"
- TOP 14.2 - Zufahrt zur Sparrenburg - Rückführung der Löwen-Statuen
- TOP 14.3 - altstadt.raum (Modale Filter im Altstadt-Hufeisen) hier: Zwischenbericht zu den verkehrlichen Regelungen während der Testphase (Drucksache 2922/2020-2025)

- einstimmig beschlossen –

-.-.-

## Zu Punkt 1

### **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte**

1.1

Ein Einwohner fragt nach, wie die Bezirksvertretung Mitte das Verhalten des Investors beim Abriss der „Hammer Mühle“ beurteile.

Frau Hennke erklärt, dass es differenzierte Einschätzungen der Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte gebe und es zu TOP 8 einen Bericht der Fachverwaltung zur Entwicklung an der Hammer Mühle geben werde. Die einzelnen Positionen würden in der sich anschließenden Diskussion deutlich werden.

1.2

Herr Meichsner weist darauf hin, dass er zur Einwohnerfragestunde im September schriftlich nachgefragt habe, wer beschlossen habe, dass die Bielefeld Marketing GmbH das Burgverlies der Sparrenburg nutzen könne. Hierzu liege ihm noch immer keine Antwort vor. Auch habe er keine Antwort darauf bekommen, warum nicht wie beschlossen Teile der Sparrenburg als Museum bzw. zur Ausstellung historischer Funde genutzt würden, obwohl dafür Mittel bereitgestellt worden seien. Hierzu erwarte er weiterhin eine Antwort.

Frau Hennke erklärt, dass diese Antwort nur die Fachverwaltung geben könne und sie diese nochmals um Stellungnahme bitten werde. Zur Frage der Löwen-Statuen werde heute die Fachverwaltung unter TOP 14.2 einen Bericht geben.

---

## Zu Punkt 2

### **Genehmigung Niederschriften**

## Zu Punkt 2.1

### **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 8. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 16.09.2021**

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

#### **Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte vom 16.09.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2.2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 9. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 28.10.2021**

Zur Niederschrift gibt es keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Bezirksvertretung Mitte vom 28.10.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

**Zu Punkt 3.1**      **Genehmigung von Aufbauten/Überdachungen im Rahmen einer Außengastronomie**

Das Amt für Verkehr teilt mit:

wie bereits in der Nebensaison 2020/2021 wird die Verwaltung im Rahmen der Pandemie auch in der jetzigen Nebensaison wieder Aufbauten / Überdachungen für die Außengastronomie genehmigen, sofern ein Antrag eingeht und keine rechtlichen Bedenken dagegen bestehen. Hierzu wurde in der letzten Nebensaison ein Antragsvordruck erarbeitet. Für die Genehmigungen der Aufbauten / Überdachungen werden in dieser Saison keine Sondernutzungsgebühren erhoben.

---

**Zu Punkt 4**      **Anfragen**

**Zu Punkt 4.1**      **Situation der roten Telefonzelle in der Niedernstraße (Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 2847/2020-2025

Text der Anfrage:

Welche Maßnahmen plant die Verwaltung, um die rote Telefonzelle wieder in einen vorzeigbaren Zustand zu versetzen und zukünftige Schmierereien zeitnah zu beseitigen?

Antwort des Amtes für Verkehr:

Die rote Telefonzelle in der Niedernstraße ist von den Verunreinigungen durch den Umweltbetrieb (UWB) befreit worden. Zur dauerhaften Sicherstellung eines ordentlichen Zustandes hat das UWB-Team „Saubere Stadt“, 700.51, das Objekt in die wöchentliche Beobachtungsliste aufgenommen. Bei Bedarf wird ohne weitere Beauftragung umgehend gereinigt.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 4.2**      **Rechtliche Einordnung des Abrisses der "Hammer Mühle"**  
**(Anfrage von Herrn Tewes, Einzelvertreter der FDP, vom**  
**18.11.2021)**

(zusammen mit  
TOP 8 behandelt)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2936/2020-2025

Text der Anfrage:

Stellt der Abriss der „Hammer Mühle“ eine Rechtsverletzung dar?

Zusatzfrage:

Welche Vorschriften sind gegebenenfalls verletzt worden?

Die Anfrage wurde gemeinsam mit TOP 8 behandelt.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 5**      **Anträge**

**Zu Punkt 5.1**      **Straßenfest in der Wilhelmstraße**  
**(Antrag der CDU-Fraktion vom 13.11.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2881/2020-2025

Über den Antrag [Text s. Beschluss] hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

**Beschluss:**

**Die Verwaltung wird gebeten, für die Eröffnung der Wilhelmstraße als Fußgängerzone - im Zusammenschluss mit den Anliegern - ein Straßenfest vorzubereiten, welches eine Dauer von mindestens einem Wochenende hat. Dabei werden folgende Punkte mitberücksichtigt:**

1. Flächen innerhalb der Straße werden ausgewiesen für Pop-Up Gastronomie wie zum Beispiel Foodtrucks
2. Der Bielefelder Kulturszene werden innerhalb der Straße Flächen zur Verfügung gestellt für Streetart, Musikaufführungen, Unterhaltungsprogramm für Kinder etc.
3. Ein Gewinnspiel, bei dem verschiedene ÖPNV Angebote als Preis vergeben werden. Die Erlöse eines solchen Gewinnspiels werden zur Aufforstung des Teutoburger Waldes genutzt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 5.2**      **Verbesserung der Beleuchtungssituation im Ostmanturmviertel**  
**(Antrag der SPD-Fraktion vom 13.11.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2882/2020-2025

Frau Rosenbohm erklärt zu dem Antrag [Text s. Beschluss], dass in den Gesprächen mit Anwohnerinnen und Anwohnern sowie den dortigen Streetworkern insbesondere der unbeleuchtete Nelson-Mandela-Platz als Angstraum genannt worden sei.

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Mitte beschließt, dass zusätzlich zu den Straßenlaternen in den vorhandenen Straßen (z.B. Lena-Lappe-Straße, Brandenburger Straße ...) auch die Querungswege rund um den Nelson-Mandela-Platz mit geeigneten Beleuchtungskörpern ausgestattet werden.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 5.3**      **Zusätzliche Standorte für öffentliche Abfallbehälter in der Arndtstraße**  
**(Antrag der SPD-Fraktion vom 14.11.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2894/2020-2025

Über den Antrag [Text s. Beschluss] hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

**Beschluss:**

In der Arndtstraße, zwischen Elsa-Brändström-Straße und Weststraße bis zum Siegfriedplatz, sowie in der Roland- und der Melanchthonstraße werden zusätzliche Standorte für öffentliche Abfallbehälter geprüft und der Bezirksvertretung Mitte als Beschlussvorschlag vorgelegt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 5.4 Durchführung eines Verkehrsversuches Wertherstraße (zwischen Victor-Gollancz-Straße und Moltkestraße)  
(Antrag der SPD-Fraktion vom 14.11.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2895/2020-2025

Herr Suchla erklärt, dass unter Beschlusscontrolling in der heutigen Sitzung die von der Bezirksvertretung Mitte angeregte Informationsvorlage zu den Voraussetzungen zur Einrichtung von Tempo-30-Zonen bzw. Tempo-30-Strecken für Januar 2022 angekündigt werde. Die SPD-Fraktion stelle daher ihren Antrag zunächst zurück und werde die Informationen dieser Vorlage abwarten.

- Der Antrag wird zurückgestellt -

---

**Zu Punkt 5.5 Installation von mehr Fahrradabstellmöglichkeiten  
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.11.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2900/2020-2025

Nachdem Frau Laukötter den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgestellt hat, verständigt sich die Bezirksvertretung Mitte auf folgenden

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt neue Fahrradbügel an den nachfolgenden Standorten zu prüfen:

- Wetterhäuschen am Kunstforum Hermann Stenner, Obernstraße 48 (Abstellbügel im Stil der vorhandenen Bügel an der Founders Foundation und dem Ratsgymnasium)
- Neue S-Bahn-Haltestelle Dürkopp Tor 6
- Musik- und Kunstschule, Burgwiese 9

**Die Ergebnisse über mögliche Standorte und Anzahl der Fahrradabstellmöglichkeiten sind der BV Mitte vorzustellen und von ihr zu beschließen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 5.6**

**Hochwassergefährdung an der Mühlenstraße**  
**(Antrag der Fraktion Die Linke vom 15.11.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2910/2020-2025

Frau Krüger stellt für die Fraktion Die Linke folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob wegen der Hochwassergefährdung überhaupt eine Tiefgarage für ein geplantes Gebäude an der Mühlenstraße 53 genehmigungsfähig ist.

Die Ravensberger Straße und besonders die Senke im Bereich der Querung der Huberstraße würden bei Starkregen zu den Gebieten mit Überschwemmungsgefahr zählen. Es gebe bei plötzlich volllaufenden Tiefgaragen eine Gefährdungslage für die Menschen in der Tiefgarage.

Herr Suchla vertritt die Auffassung, dass der Antrag gegenstandslos sei, da im Rahmen des Bauantrages obligatorisch geprüft würde, ob eine Tiefgarage genehmigungsfähig sei. Die SPD-Fraktion bitte darum, den Antrag zurückzuziehen.

Herr Knauf stimmt Herrn Suchla zu und ergänzt, dass in der letzten Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb mitgeteilt worden sei, dass Hochwasser im Bereich der vor der „Hammer Mühle“ zu errichtenden Baugrube für die Kanalsanierung kein Problem darstelle. Der Antrag sei daher abzulehnen.

Frau Krüger zieht den Antrag zurück.

**- Der Antrag wird zurückgezogen -**

-.-.-

## Zu Punkt 5.7

### **Platanenallee an der Ravensberger Straße (Antrag der Fraktion Die Linke vom 15.11.2021)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2911/2020-2025

Frau Krüger stellt für die Fraktion Die Linke den Antrag vor.

Text des Antrags:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Platanenallee entlang der Ravensberger Straße und besonders die Platanen am Übergang zur Mühlenstraße als Naturdenkmal einzustufen.

Frau Heckerroth erklärt, dass die CDU-Fraktion zustimmen könne, sofern der Antrag als Prüfauftrag formuliert werde. Noch sei er zu allgemein gehalten und mögliche Kosten für das Naturdenkmal unbekannt.

Herr Westebbe ergänzt, dass zunächst in Form eines Prüfauftrags zu klären sei, welche langfristigen Auswirkungen eine Einstufung als Naturdenkmal für die Offenlegung der Lutter habe.

Herr Knauf gibt zu bedenken, dass die Einstufung als Naturdenkmal nicht instrumentalisiert werden dürfe. Hier handle es sich um eine Ansammlung von Bäumen im Innenstadtbereich und nicht beispielsweise um eine 400 Jahre alte Eiche. Platanen hätten eine Lebensdauer von rd. 120 Jahren. Die hier genannten Platanen seien bereits über 100 Jahre alt und hätten damit bald das Ende ihrer Lebensspanne erreicht. Die FDP werde daher selbst einem Prüfauftrag nicht zustimmen.

Herr Henningsen erinnert daran, dass zum Erhalt der Platanenallee seinerzeit das Regenrückhaltebecken unter dem Park der Menschenrechte beschlossen worden sei. Platanen seien schnell wachsende Bäume und er kenne diesbezüglich kein Naturdenkmal.

Frau Krüger ist einverstanden, den Antrag als Prüfauftrag umzuformulieren.

#### **Beschluss:**

**Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Platanenallee entlang der Ravensberger Straße und besonders die Platanen am Übergang zur Mühlenstraße als Naturdenkmal einzustufen sind.**

- mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 6

**Bürgereingaben nach § 24 Gemeindeordnung**

Zu Punkt 6.1

**Bürgerantrag nach § 24 GO - Revision des Bebauungsplans III/3/10.01**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2883/2020-2025

Frau Henke erklärt, dass eine Bürgereingabe mit folgendem Antragstext vorliege:

Die Bezirksvertretung möge sich dafür einsetzen, die Verwaltung (hier Bauamt, Umweltamt und Amt für Verkehr, vertreten durch Oberbürgermeister Clausen) aufzufordern, den Bebauungsplan III/3/10.01 einer umfassenden Revision zu unterziehen im Sinn einer Änderung und Anpassung nach aktuellen stadtplanerischen und klimapolitischen Erfordernissen.

Sie bittet Herrn Latzke, seine Bürgereingabe zu begründen.

Herr Latzke erklärt, dass seine Ideen für eine Mühlen-Plaza schriftlich in seiner Bürgereingabe vorgestellt seien und führt aus, dass sich jedoch die Umstände in den seither vergangenen sechs Wochen grundlegend geändert hätten. Die „Hammer Mühle“ sei zerstört und ein Wiederaufbau mit dem alten Charisma werde kaum möglich sein. Aus der Zeitung habe er nun von der für das Inliner-Verfahren notwendigen Baugrube zur Kanalsanierung erfahren. Diese bleibe bis mindestens 2023 und sei mit Baumfällungen sowie anschließender Neugestaltung des Bereichs verbunden. Es stünde daher ausreichend Zeit zur Verfügung, den Bebauungsplan aus dem Jahr 1964 mit einer Mühlen-Plaza als dezentralem Stadtteilzentrum nach aktuellen und modernen Gesichtspunkten umzuplanen. Er habe zusätzlich eine Anregung an den Rat gegeben, sämtliche Bebauungspläne im Sinne einer neuen Stadtplanung zu überprüfen.

Herr Langeworth erklärt, dass im Mittelpunkt der Bürgereingabe die Revision des Bebauungsplanes stehe. Hier würde sich also neben baurechtlichen Gesichtspunkten die Frage stellen, ob es ein Anpassungsgebot oder einen allgemeinen Anpassungsbedarf gebe. Die Bürgereingabe nenne hierzu keine konkreten Aspekte.

Sodann formuliert Herr Langeworth zum weiteren Vorgehen einen Beschlussvorschlag, über den Frau Henke anschließend abstimmen lässt.

**Beschluss:**

**Die Verwaltung wird um Mitteilung gebeten, ob der Bebauungsplan III/3/10.01 den aktuellen stadtplanerischen und klimapolitischen Erfordernissen entspricht.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 7**

### **Unerledigte Punkte der letzten Tagesordnung**

#### **Zu Punkt 7.1**

(Nach TOP 8 behandelt)

#### **Städt. Bauprogramm 2022 ff. unter besonderer Berücksichtigung städt. Schulbaumaßnahmen einschließlich Verfahrenserleichterungen zur Entbürokratisierung und Beschleunigung des Bauprogramms**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2477/2020-2025

Herr Langeworth beantragt für die CDU-Fraktion erste Lesung.  
Es gibt keine Gegenrede.

Frau Henke bittet darum, bereits bestehende Fragen vorab ans Büro des Rates zu geben.

**Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.**

-.-.-

#### **Zu Punkt 8**

(nach TOP 6.1 zusammen mit TOP 4.2 behandelt)

#### **Entwicklung an der Hammer Mühle (Antrag der SPD-Fraktion zur Aufnahme eines Punktes in die Tagesordnung)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2884/2020-2025

Herr Beigeordneter Moss erklärt zur Anfrage von Herrn Tewes (Text der Anfrage s. TOP 4.2), dass eine abschließende rechtliche Einordnung nicht von der Verwaltung als Exekutive, sondern nur von einem Gericht als Teil der Judikative vorgenommen werden könne. Derzeit werde noch der Ablauf des Verfahrens geprüft und die Bewertung des Sachverhalts in der nächsten Sitzung mitgeteilt.

Frau Henke erklärt, dass sie davon ausgehe, dass zur nächsten Sitzung eine ausführlichere, schriftliche Antwort vorliege.

Herr Beigeordneter Moss berichtet, dass viele E-Mails die Verwaltung mit Fragen und Anregungen erreicht hätten, die die Verwaltung vor einer politischen Diskussion zunächst aufgreifen wolle. Er schlägt vor, zeitnah in einer Bürgerinformationsveranstaltung über die Fakten sowie die vorhandenen Möglichkeiten zu berichten und mit den Bürgerinnen und Bürgern in einen Dialog zu kommen. Dies müsse aufgrund der Corona-Situation als Online- oder Hybridveranstaltung stattfinden, zu der natürlich auch die Mitglieder der Bezirksvertretung Mitte eingeladen seien. In der heutigen Sitzung seien bereits Tagesordnungspunkte behandelt worden, die sich mit der Folgewirkung beschäftigt hätten.

Frau Henke stellt fest, dass die Bezirksvertretung Mitte mit diesem Vorgehen einverstanden sei und bittet, insbesondere die Bürgerinnen und Bürger anzuschreiben, deren E-Mailadresse der Verwaltung bereits aufgrund vorangehender Anfragen und Stellungnahmen zum Thema „Hammer Mühle“ bekannt seien.

**Beschluss:**

Die Bezirksvertretung Mitte begrüßt den Vorschlag der Bauverwaltung, möglichst kurzfristig eine Informationsveranstaltung in hybrider Form anzubieten und dazu insbesondere die Initiative zur Rettung der „Hammer Mühle“ einzuladen.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 9**

**Information zur Beteiligung politischer Gremien und Bürger\*innen bei Straßenplanungen**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2363/2020-2025

Herr Henningsen vermisst in der Vorlage bei den zu beteiligenden Fachverbänden den ADAC sowie die Feuerwehr und bittet, diese noch für den Beteiligungsprozess aufzunehmen. Außerdem komme der CDU-Fraktion der Primat der Politik zu kurz und er weise daraufhin, dass dieser nicht übergangen werden dürfe.

Herr Suchla fragt nach, wann für den Ehlenruper Weg die Bürgerbeteiligung vorgesehen sei.

Frau Heckeroth legt Wert darauf, dass über die Bürgerbeteiligungen nicht nur in digitaler Form, sondern beispielsweise auch mit Handzetteln informiert werde.

Herr Kühn teilt mit, dass die Vorarbeiten zur Bürgerbeteiligung am Ehlenruper Weg liefen und dort ein großer Informations- und Beteiligungsbedarf gesehen werde. Die Bürgerbeteiligung werde im Jahr 2022 unter den dann von der Corona-Pandemie vorgegebenen Bedingungen stattfinden.

Herr Langeworth bittet, die Bezirksvertretung Mitte frühzeitig in die Planungen für den Ehlenruper Weg einzubinden.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 10**

**Dritter Nahverkehrsplan der Stadt Bielefeld - Beschluss und Umsetzung**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2581/2020-2025

Frau Henne bittet Herrn Kühn, die Auswirkungen des Nahverkehrsplans für den Stadtbezirk Mitte darzustellen.

Herr Kühn erläutert, dass der Nahverkehrsplan der Rahmenplan für die Entwicklung des gesamten ÖPNV in der Stadt Bielefeld sei. So würden

darin die geplanten Stadtbahnerweiterungen genannt. Diese betreffen somit auch den Stadtbezirk Mitte, da alle Stadtbahnlinien durch ihn verliefen. Ähnliches könne über die Buslinienplanung gesagt werden, da mit dem Jahnplatz und dem Hauptbahnhof zwei wichtige Knotenpunkte im Stadtbezirk Mitte lägen. Bei der geforderten Herstellung der Barrierefreiheit seien im Stadtbezirk Mitte u. a. die Hochbahnsteige an der August-Bebel-Straße und der Teutoburger Straße zu nennen. Mit Blick auf die Umsetzungsprioritäten und das favorisierte Visionsszenario könne beim Stadtbezirk Mitte u. a. die Busverbindung vom Lenkwerk zum Hauptbahnhof genannt werden. Auch sei darüber nachzudenken, ob ein Bus-Hub im Bereich der Carl-Severing-Schulen möglich sein könnte. Zusammen mit den Mobilitätsstationen, die alle Verkehre miteinander in Kombination brächten, seien dies die in den nächsten Jahren maßgeblichen Schwerpunkte.

Herr Langeworth weist darauf hin, dass die Vorlage mit ihren Anlagen zusammen rd. 400 Seiten umfasse und es für Ehrenamtliche eine erhebliche Erleichterung gewesen wäre, wenn für jeden Stadtbezirk eine Zusammenfassung der ihn betreffenden Maßnahmen beigefügt gewesen wäre. Die CDU-Fraktion spreche sich gegen eine oberirdische Stadtbahntrasse vom Adenauerplatz zur Huberstraße aus. Dies sei nur eine „abgestumpfte“ Version der von den Bürgerinnen und Bürgern abgelehnten Linie 5. Ein zusätzlicher Busbahnhof an der Huberstraße ergebe keinen Sinn, da dieser verhältnismäßig dicht am Standort Jahnplatz sei. Zudem würden dann dafür weitere Grünflächen asphaltiert werden müssen. Die durch die Spindelstraße führende Buslinienplanung sehe langfristig eine Zehn-Minuten-Taktung vor, was bedeute, dass alle fünf Minuten ein Bus durch die Spindelstraße fahren würde. Die CDU-Fraktion spreche sich dagegen aus und halte die Oldentruper Straße hier für wesentlich geeigneter. Den Vorschlag eines Bürgers, eine zusätzliche Haltestelle Ostbahnhof einzurichten, die einen kurzen Fußweg zum jetzigen Bahnsteig der Regio-Bahn habe, unterstütze die CDU-Fraktion. Auch eine Abstimmung der Fahrpläne der Stadtbahnlinie von Sieker in die Senne auf die Schichtwechselzeiten der Krankenanstalten Gilead und Rosenhöhe sollte vorgenommen werden. Ebenfalls müssten auch im Stadtbezirk Mitte on-demand-Verkehre wie beispielsweise „Ruf dir Anton“ angeboten werden. Die Planungen zu den Mobilitätsstationen seien auch in der Bezirksvertretung Mitte vorzustellen, da diese mit darüber zu entscheiden habe.

Herr Suchla erklärt, dass das Quartier rund um die Spindelstraße besser angebunden werden müsse und fragt nach, ob die Linie 370 dann mit kleineren Bussen durch die Spindelstraße fahre.

Herr Purucker stimmt der Forderung nach einer verstärkten Einbindung des Ostbahnhofs zu und fragt nach, ob bzw. wie Plätze für stationsbasiertes Car-Sharing im Nahverkehrsplan berücksichtigt würden.

Herr Kühn erklärt, dass die Linienführung oder die Art der eingesetzten Busse nicht Bestandteil einer Rahmenplanung seien, wie sie der Nahverkehrsplan darstelle. Daher könne er zu den konkreten Fragen noch keine belastbaren Antworten geben. Die Feinplanung würde durch moBiel erfolgen. Es werde jährlich geschaut, welche Maßnahmen umzusetzen seien. Diese würden dann in den Bezirksvertretungen vorgestellt. Planungsschwerpunkt des Nahverkehrsplans seien stadtteilverbindende Netze und nicht einzelne Gebiete wie beispielsweise das Quartier um die Spindelstraße herum.

Die angesprochenen Bürgervorschläge seien zur Kenntnis genommen worden. Dies bedeute weder, dass sie sofort in eine Umsetzungsplanung übernommen würden, noch, dass sie ignoriert würden. Je nach Umsetzungsstand der übergeordneten Maßnahmen werde überprüft, ob diese Vorschläge eingearbeitet werden könnten.

Die zusätzliche Stadtbahnlinie sei zunächst ebenso nur eine Idee wie der als Hub bezeichnete Busverknüpfungspunkt. Hierzu werde es Machbarkeitsstudien geben, wie beispielsweise aktuell bei der Stadtbahnverlängerung nach Hillegossen.

Hinsichtlich der on-demand-Verkehre müsse konkret in Zusammenarbeit mit moBiel erarbeitet werden, wo diese sinnvoll und finanziell darstellbar seien. Dies gehe mit den verbundenen Detailfragen ebenfalls über einen Rahmenplan hinaus.

Park & Ride sei ein Thema für die Außenbezirke, da die einpendelnden Personen möglichst früh auf den ÖPNV umsteigen sollen, um die Straßen in der Innenstadt zu entlasten.

Das Konzept für die Mobilitätsstationen sei dieses Jahr vorgestellt worden. Sobald die hierfür genehmigten Stellen besetzt seien, werde im Jahr 2022 die weitere Planung bzw. Umsetzung folgen.

Herr Langeworth schildert die Problematik, dass viele Wohnstraßen im innerstädtischen Bereich, die nicht der Parkraumbewirtschaftung unterlägen, von Auswärtigen als Park & Ride-Flächen genutzt würden. Die Parkplätze stünden damit für die unmittelbaren Anwohnerinnen und Anwohner nicht zur Verfügung. Dieses wichtige Thema müsse aufgegriffen werden. Würden in Mitte keine Park & Ride-Flächen zur Verfügung gestellt werden können, müssten diese dringend an anderer Stelle ausgewiesen werden.

Frau Henke vertritt die Auffassung, dass dieses Thema eher im Rahmen der MIV-Strategie und nicht im Zusammenhang mit dem Nahverkehrsplan zu diskutieren sei. Herr Kühn stimmt zu und ergänzt, dass das MIV-Konzept zur emissionsfreien Innenstadt gesamtstädtisch nächste Woche im Stadtentwicklungsausschuss auf der Tagesordnung stehe.

Herr Purucker erklärt, dass es sich preislich für die Pendlerinnen und Pendler lohnen müsse, das Auto am Stadtrand auf einem Park & Ride Parkplatz abzustellen und die Verbindungen - gesteuert über den Nahverkehrsplan - mit einer zügigen Taktung attraktiv sein sollten.

### **Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss:**

- 1) Der dritte Nahverkehrsplan laut Anlage 1 und 2 wird als sektoraler Rahmenplan zusammen mit dem MIV-Konzept, dem RVK und dem Leitfaden der Fußverkehrsstrategie beschlossen und soll jeweils nach entsprechendem Ratsbeschluss sukzessive umgesetzt werden.**
- 2) Die Anmerkungen aus der Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange als auch aus der Bürgerbeteiligung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Verwaltungskommentierung im NVP umgesetzt.**

- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, das Visionsszenario gemäß der Umsetzungsstrategie vorzubereiten und jeweils die finanziellen Auswirkungen im Rahmen der haushaltsmäßigen Möglichkeiten bei der Haushaltsplanung der betreffenden Jahre zu berücksichtigen. Die Maßnahmen des „Bündel 1“ werden bereits in 2022 in die Umsetzung gebracht.
- 4) Das Umsetzungskonzept zur Barrierefreiheit gem. Drucksachennummer 2465/2020-2025 wird konsequent umgesetzt.
- 5) Die Verwaltung wird beauftragt entsprechende Finanzierungsvereinbarung mit der moBiel bei der Umsetzung zukünftiger Mehrleistungen zu erarbeiten.
- 6) Der NVP ist auf Stand zu halten und spätestens 2030 fortzuschreiben.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

-.-.-

Frau Hennke übergibt die Sitzungsleitung an Frau Rosenbohm.

**Zu Punkt 11 Erlass der Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktes gemäß § 67 Abs. 2 der Gewerbeordnung auf den Bielefelder Wochenmärkten**

Beratungsgrundlagen: Drucksachennummern 2193/2020-2025; 2975/2020-2025; 2984/2020-2025

Herr Henningsen erklärt, dass die CDU-Fraktion den Hauptwochenmarkt als Frische- und Lebensmittelmarkt erhalten wolle und stellt für die CDU-Fraktion einen Ergänzungsantrag [Drucksache 2984/2020-2025; Text s. Beschluss]. Von der Verwaltung werde eine rechtssichere Formulierung erwartet, um ein Ausufern von Textilangeboten etc. zu verhindern. Der Hauptwochenmarkt dürfe nicht zu einer Konkurrenz für den innerstädtischen Einzelhandel werden. Zum Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt er, dass dieser nicht von selbstgefertigten Naturprodukten spreche und damit der Intention des CDU-Antrags entgegenstehe.

Herr Purucker stellt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Ergänzungsantrag [Drucksache 2975/2020-2025]:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem HWBA und dem Rat, die Produktgruppe „Pflege- und Kosmetikartikel“ in die Liste zu § 1 der „Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktes gemäß § 67 Abs.2 der Gewerbeordnung auf den Bielefelder Wochenmärkten“ aufzunehmen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle keine Konkurrenz zum Einzelhandel, sondern die Möglichkeit schaffen, beispielsweise mikroplastikfreie Naturkosmetika anbieten zu können. Er bitte um eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird für drei Minuten unterbrochen, um den Fraktionen Zeit zur internen Beratung zu geben.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung wird der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

**Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis und empfiehlt, dass bezüglich der Artikel in § 1 der Verordnung eine Begrenzung der Anzahl der Anbieter dahingehend formuliert werden soll, dass der Charakter des Wochenmarktes als Lebensmittelnahversorger erhalten bleibt und eine Beeinträchtigung des stationären Innenstadthandels weitgehend vermieden wird.**

**Darüber hinaus empfiehlt die Bezirksvertretung Mitte dem Rat der Stadt Bielefeld folgenden Beschluss:**

**Der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Verordnung über die Gegenstände des Wochenmarktes gem. § 67 Abs. 2 der Gewerbeordnung auf den Bielefelder Wochenmärkten.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einigen Enthaltungen einstimmig beschlossen -

---

Frau Hennke übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

**Zu Punkt 12      Weiterführung des Projektes Ernst-Rein-Straße**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 2856/2020-2025

Frau Hennke teilt mit, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss bereits am 23.11.2021 die Vorlage beschlossen habe.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 13      Sondermittel**

Frau Hennke berichtet über die bereits eingegangenen Anträge und teilt mit, dass auch nach Zustimmung zu allen Anträgen noch Sondermittel verfügbar seien.

Die Bezirksvertretung Mitte verständigt sich darauf, die Restsumme auf die Grundschulen und städtischen Kindertagesstätten im Stadtbezirk Mitte aufzuteilen.

## Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte stellt aus Sondermitteln

- der KiTa Stadtheider Straße 401,32 € für die Anschaffung eines Sinneswagens,
- dem Förderverein der Diesterwegschule 1.180,00 € für die Auf-führung eines Theaterstücks,
- dem Förderverein der KiTa Heeper Fichten 650,00 € für die An-bringung eines Schaukastens,
- der Kindertagesstätte Bökenkampstraße 950,00 € für die An-schaffung von Sportgeräten und
- dem Bielefelder Tisch 1.500,00 € zur Ausrichtung eines Danke-Schön-Essens

zur Verfügung.

Die darüber hinaus zur Verfügung stehenden Sondermittel werden an die städtischen Kindertagesstätten und Grundschulen im Stadtbezirk Mitte gleichmäßig aufgeteilt.

- einstimmig beschlossen -

---

## **Zu Punkt 14** Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Ver-waltung zum Sachstand

### **Zu Punkt 14.1** Einrichtung von Tempo-30

Das Amt für Verkehr teilt zum Beschluss mit der Drucksachenummer 1808/2020-2025 mit:

In der Sitzung am 17.06.2021 fasste die Bezirksvertretung Mitte fol-genden Beschluss:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, in einer Informationsvorlage die Rechtsgrundlagen für die Errichtung von Tempo-30 Zonen sowie die Einrichtung von Tempo-30 an Haupt- und Nebenstraßen dar-zulegen und der BV Mitte möglichst im September 2021 vorzu-stellen. Dabei soll insbesondere auch die Einrichtung von Tempo-30 Zonen an Hauptstraßen auf Grund des Lärmschutzes darge-stellt werden.*
2. *Dem Stadtentwicklungsausschuss wird empfohlen, sich diesem Beschluss anzuschließen und entsprechend stadtweit umzuset-zen.*

Die Verwaltung bereitet eine entsprechende Informationsvorlage für die Sitzungen der Bezirksvertretungen im Januar 2022 und des Stadt-entwicklungsausschusses im Februar 2022 vor.

**Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis.**

---

## **Zu Punkt 14.2 Zufahrt zur Sparrenburg - Rückführung der Löwen-Statuen**

Der Immobilienservicebetrieb teilt mit [im Gremieninformationssystem einsehbar]:

In der Sitzung am 27.08.2020 fasste die Bezirksvertretung Mitte zur Drucksache 11551/2014-2020 den Beschluss:

*Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob die vormals die Zufahrt zum Innenhof flankierenden Löwenkulpturen*

- a) unter einem noch zu errichtenden, überdachten Podium im Bereich der Artemis oder*
- b) im Besucherinformationszentrum wieder aufgestellt werden können.*

Zu a)

Die Herstellung eines überdachten Podiums im Bereich der Artemis im Innenhof der Sparrenburg, in Anlehnung an die Enthüllung des Denkmals "Der Große Kurfürst" 1900 mit Kaiser Wilhelm II, entbehrt der funktionalen und historischen Grundlage.

Zu b)

Nach Rücksprache mit BI-Marketing empfiehlt sich das Aufstellen der Löwen im ca. 40 Quadratmeter großen Besucherinformationszentrum nicht. Die Verkehrssicherung kann nicht gewährleistet werden und die Zugänglichkeit der einzelnen touristischen Informationen und musealen Darstellungen und Ausstellungen wäre eingeschränkt.

Der ISB empfiehlt:

Eine witterungsgeschützte Positionierung ist für den Erhalt der Löwen unumgänglich. Das Verlies im Turm (Bergfried), mit Zugang vom Innenhof Sparrenburg, wird von BI-Marketing zu touristischen Zwecken genutzt. Wenn die Rückführung der Sandstein-Löwen auf die Sparrenburg gewünscht wird, sind sie in diesem Raum der Öffentlichkeit zugänglich und vor schädlichen Witterungseinflüssen geschützt.

Herr Henningsen bezeichnet die Antwort des Immobilienservicebetriebes als zutiefst unbefriedigend. Die Ablehnung, die Löwen im Besucherinformationszentrum aufzustellen, sei nicht nachvollziehbar. Die Löwen-Statuen würden die Verkehrssicherheit nicht gefährden. Die CDU-Fraktion erwarte von der Verwaltung eine vernünftige Stellungnahme. Das Turmverlies sei nur zugänglich, wenn Bielefeld Marketing dort eine Veranstaltung abhalte. Dies sei keine öffentliche Darstellung der Figuren.

Frau Rosenbohm spricht sich gegen eine Aufstellung in den Gewölben aus. Zunächst müsse die Bezirksvertretung Mitte darüber informiert werden, wie sich Bielefeld Marketing die zukünftige Nutzung des Sparrenburg-Verlieses vorstelle. Die Löwen seien aus Sandstein und im Umfeld einer potentiellen Party-Location denkbar schlecht aufgestellt.

Nach kurzer Abstimmung formuliert Frau Henneke einen Beschlussvorschlag.

### **Beschluss:**

**Die Verwaltung wird gebeten, das Konzept für die zukünftige Nutzung des Sparrenburg-Verlieses in der Bezirksvertretung Mitte vorzustellen.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

### **Zu Punkt 14.3 altstadt.raum (Modale Filter im Altstadt-Hufeisen) hier: Zwischenbericht zu den verkehrlichen Regelungen während der Testphase**

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 2922/2020-2025

Frau Heckeroth erklärt, dass die Zusicherung, dass Handwerker, Zulieferer etc. ihre Ziele in dem betroffenen Bereich der Altstadt problemlos erreichen könnten, nicht eingehalten worden sei. Sie nehme wahr, dass es in der Ritterstraße und im Bereich Süsterplatz ständig Stau gebe, was aber in der Vorlage anders dargestellt werde. Der Waldhof müsse auch nach Weihnachten ganztägig geöffnet bleiben.

Herr Westebbe kritisiert, dass die Vorlage sehr kurzfristig eingebracht worden und daher keine ausreichende Zeit mehr für eine intensive Beschäftigung im Vorfeld der Sitzung vorhanden gewesen sei. Eine erste Lesung wäre daher angebracht. Ansonsten könne die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Rat empfehlen, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

Frau Rosenbohm weist darauf hin, dass der Waldhof nach Weihnachten wieder geschlossen werde. Die Bezirksvertretung 2014-2020 habe sich darauf verständigt, dass Vorlagen, die nicht innerhalb der Antragsfrist zugeschickt würden, nur in erster Lesung zur Kenntnis genommen würden. Sie stimme daher Herrn Westebbe zu, die Vorlage in erster Lesung zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Beigeordneter Moss verweist auf die Beschlüsse der Politik, die Klasingstraße aus dem Verkehrsversuch herauszunehmen und den Waldhof als Fahrradstraße mit Öffnung für den Kfz-Verkehr bis zum Ende des Verkehrsversuchs zu führen. Gesperrt werde der Waldhof nur montags bis freitags in der Zeit zwischen 06:00 und 10:00 Uhr. Es spreche nichts gegen eine erste Lesung.

Herr Tewes vertritt die Auffassung, dass für das Zwischenfazit nur einseitige Kriterien herangezogen worden seien. Zu betrachten wären die Auswirkungen des Verkehrsversuchs auf die Attraktivität der Altstadt für Auswärtige oder auf die Erreichbarkeit für Handwerksbetriebe gewesen.

Frau Henneke stellt fest, dass es zu dem Wunsch nach erster Lesung keine Gegenrede gegeben habe und bittet, bereits bestehende Fragen vorab über das Büro des Rates an die Verwaltung zu schicken.

Herr Beigeordneter Moss weist abschließend darauf hin, dass es sich um einen Verkehrsversuch mit derzeit noch starren Absperrungen handle. Ziel sei es, später mit versenkbaren Pollern zu arbeiten, da dann beispielsweise Handwerksbetriebe oder Lieferdienste die Möglichkeit erhielten, für den allgemeinen Verkehr gesperrte Straßen zu befahren. Auch die Ergebnisse der verschiedenen Umfragen von IHK, Einzelhandelsverband und Altstadtkaufmannschaft würden ausgewertet und in die künftige Beratung einfließen.

**Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.**

-.-.-

**Nichtöffentliche Sitzung:**

[...]

gez.

---

Rosenbohm  
stellv. Bezirksbürgermeisterin  
nur TOP 11

gez.

---

Henke  
Bezirksbürgermeisterin  
außer TOP 11

gez.

---

Tobien  
Schriftführer